

Deutsche Einheit/Flüchtlinge Herausforderung

Von Torsten Henke

Oft wurde in diesen Tagen und gerade am Samstag bei den zentralen Gedenkfeierlichkeiten in Frankfurt der Vergleich gezogen zwischen der Situation 1989/90 und der heutigen Herausforderung. Er drängt sich tatsächlich auf. Auch damals strömten Menschen über die Grenzen, die auf ein besseres Leben hofften. Und wie damals gibt es heute Bedenkenträger. Gibt es viele, die Angst haben, etwas abgeben zu müssen. Gibt es etliche, die sich fragen, ob Deutschland nicht überfordert ist. Die Flüchtlinge damals allerdings waren Deutsche. Die Begeisterung über die erzwungene Solidarität (Soli) hielt sich zwar in Grenzen, doch die Notwendigkeit wurde akzeptiert.

25 Jahre später haben die Deutschen viel erreicht, Großartiges geleistet. Dennoch sind längst nicht alle zufrieden, gibt es noch viele Probleme, werden Unterschiede beklagt, die so bald auch nicht zu beheben sein werden. Das lässt ahnen, wie groß die Aufgabe ist, die Deutschland nun vor sich hat.

Es gehört zu den Grundpfeilern unserer Gesellschaft, dass Menschen, die in Not sind, Hilfe erhalten. Dass CSU-Mann Markus Söder ausgerechnet zum Tag der Einheit das Asylrecht zur Disposition stellt, ist so erbärmlich, dass es sogar Parteichef Horst Seehofer zu weit geht. Auch vor 25 Jahren gab es jene, die meinten: Wir schaffen das nicht. Mag sein, dass nicht alles glatt gelaufen ist. Dass es Wende-Verlierer gibt. Dass unter den Ankömmlingen heute manche sind, die man kaum wird integrieren können. Und dass diesmal nicht nur Solidarität unter Landsleuten, sondern deutlich mehr unter Europäern gefragt ist. Dass Deutschland auch Härte zeigen muss. Längst nicht alle Asylsuchenden werden hier bleiben können. Dennoch hat die Bundesrepublik bewiesen, dass sie in der Lage ist, historische Kraftakte zu meistern. Das ist ein Ansporn.

VW-Skandal

(Volks-)Wagenburg

Von Claus Schöner

Viele Tausend Besitzer eines Volkswagens dürften am Wochenende die Internet-Seite des VW-Konzerns aufrufen und die Fahrgestellnummer ihres Autos auf der Prüfseite eingegeben haben. Und nicht wenige von ihnen bekamen zu lesen: „Wir müssen Sie leider informieren ...“ Pech gehabt. Das bedeutet Scherereien. Vor allem für jene, die geplant hatten, ihren Wagen zu verkaufen. Der Zorn auf VW ist groß. Der künftige Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch sieht VW in einer „existenzbedrohenden Krise“. War es Absicht, dass die dramatische Einschätzung an die Öffentlichkeit gelangt? Setzt Pötsch auf Mitleid und Milde in Politik und Justiz? Damit sollte er nicht rechnen. Denn noch immer erweckt der Konzern den Anschein einer (Volks-)Wagenburg, scheint er nur so viel Transparenz zuzulassen, wie unbedingt nötig. Dabei ist es schwer vorstellbar, dass noch immer nicht bekannt sein soll, wer letztlich die Anweisung zur Installation der Manipulations-Software gegeben hat. In einem Unternehmen wie VW geschieht nichts auf Zuruf. Gewiss wurden Protokolle geführt, Aufträge erstellt, sind Reisekosten angefallen, um den Betrug zu organisieren. Den Coup haben nicht ein paar Ingenieure im Hinterzimmer ausgeheckt.

Pressestimmen

US-Amoklauf

Neue Zürcher Zeitung:

„Dass schärfere Waffengesetze die Gewalt eindämmen könnten, ist eine plausible Vermutung, beweisen lässt sie sich jedoch nicht so leicht. Es sind noch weitere Faktoren im Spiel als nur die Verbreitung von Waffen. Ein wichtiger Faktor dürfte die ungenügende Behandlung psychischer Erkrankungen in den USA sein. Zumindest fällt auf, dass die Täter in vielen Fällen Zeichen einer psychischen Störung aufwiesen, aber nicht rechtzeitig eine

ärztliche Behandlung erhielten.“

La Stampa (Turin):

„Man wird bei den Wahlen 2016 wieder davon sprechen. Denn auch wenn die Bilanz der Blutbäder durch Schusswaffen in den USA erdrückend ist, hat Obama nicht die Stimmen im Kongress, um die Waffengesetze zu verschärfen. Die Schlacht ist politisch, mit der Lobby der Produzenten, der NRA, die jede Begrenzung ablehnt, aber auch kulturell.“



„Über alles sprechen“: Salah Zater und Visar Duriqi (von links) mussten ihre Heimatländer verlassen.

Foto: Zeindler-Efler

Journalisten in Todesgefahr

Stipendiaten der Hamburger Stiftung berichten aus Libyen und Kosovo

Von Albert Noll

Baden-Baden – Es hat schon etwas von einer Ochsentour, was Martina Bäurle mit ihren Schützlingen unternimmt. Die Geschäftsführerin der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte reist in der Republik umher, derzeit mit den beiden Journalisten Visar Duriqi aus dem Kosovo und Salah Zater aus Libyen. Beide hat die Stiftung unter ihre Fittiche genommen, nachdem sie in ihren Heimatländern bei der Berufsausübung in Lebensgefahr gerieten. Bäurle will um Verständnis werben, Multiplikatoren finden, mehr Sachlichkeit in die Flüchtlingsdebatte bringen.

Beispiel Baden-Baden, Hotel Magnetberg. Kaum zwei Dutzend Zuhörer sind an diesem Donnerstagabend gekommen. An der Vorankündigung kann's nicht gelegen haben. Der veranstaltende Presse-Club hatte von „teils unglaublichen Erlebnissen“ berichtet, die die beiden Stipendiaten hinter sich hätten. Tatsächlich schält sich in dem von der Baden-Badener Journalistin Karin Walter moderierten Podiumsrunde zumindest eines heraus: Schwarz-weiß-Denken darf es nicht geben, wenn es um hinreichende Asylgründe und sichere Herkunftsländer geht.

Das, meint Visar Duriqi mit spitzer Zunge, sollte sich auch „Mrs. Mörkel“ hinter den Spie-

gel stecken. Da, wo der 28-Jährige herkommt, sieht es so aus: Die breite Masse ist arm im Kosovo, Lebensmittel sind sündhaft teuer, nachts wird in der Hauptstadt das Wasser abgestellt. Das ist die eine Seite. Die andere: Es gibt keine unabhängige Justiz, die Polizei ist bestechlich, viele Politiker sind korrupt: Wer sich fragt, wo die deutschen Steuergelder zur Unterstützung des Landes hingeflossen sind, der muss sich laut Duriqi die Regierungsmitglieder ansehen: „Vor dem Krieg waren sie arm, jetzt sind sie Millionäre.“ Und der Durchschnittsermittler bei der Polizei verdient 370 Euro im Monat, hat aber Reichtümer auf der Bank.

Der Kosovo – ein sicheres Herkunftsland? Der Journalist antwortet nicht mit Ja oder Nein, er formuliert: „Die Regierung kommt nicht und will uns umbringen.“ Doch sie ist „in der Hand der Mafia, und sie zerstört den Menschen die Hoffnung“.

Kein gutes Haar lässt Duriqi, der zwei Jahre lang als Imam gewirkt hat, auch an seinen Glaubensbrüdern. Er hat recherchiert, wie sie ihr Geld verdienen und wie sie es ausgeben. Millionen werden in der Türkei „versteckt“, hat er herausgefunden. Nach dem Leben getrachtet wurde (und wird) ihm wegen solcher Nachforschungen. Wobei er endgültig als Abtrünniger gilt, seit er öffentlich gemacht hat, dass Sa-

lafaisten in Moscheen Mitstreiter anwerben. Etliche radikalisierte muslimische Gruppen gibt es im Kosovo. Und die Armut im Land und das miserabile Bildungssystem bieten solchen Rekrutierungsversuchen die ideale Basis. Beim Islamischen Staat (IS) stellen muslimische Kosovaren eine ganze, 300 Kämpfer starke Brigade, weiß Duriqi.

Folter an der Tagesordnung

„Es gibt keine Gesetze“, sagt der TV-Journalist Salah Zater über sein Heimatland. Menschenrechtsverletzungen gibt es zuhauf, es existiert kein funktionierendes Justizsystem, Folter in den Gefängnissen ist an der Tagesordnung, die Pressefreiheit existiert nicht mehr. In den vergangenen vier Jahren wurden mehr als zehn Journalisten umgebracht.

Der 29-Jährige arbeitete 2010 bis 2014 als Reporter für private Fernsehsender, berichtete über Kinderarbeit, sexuellen Missbrauch, Drogen- und Waffenhandel, Korruption. Morddrohungen hat ihm das eingebracht. Regierungsvertreter und Milizen verfolgen ihn gleichermaßen. Zater hat das Land im Herbst 2014 verlassen, er wollte sein „Recht wahrnehmen, über alles zu sprechen“. Doch das hat auch jetzt, da er behütet als Gast der Stiftung in Deutschland lebt,

seine Grenzen. Zunächst hielt er über soziale Netzwerke Kontakt mit Landsleuten. Das tut er seit zwei Monaten nicht mehr: „Auch das ist nicht sicher.“

Martina Bäurle, die seit einem Vierteljahrhundert für die Hamburger Stiftung arbeitet, verfolgt das Podiumsgespräch konzentriert. Eine schiefe Formulierung, ein falscher Zungenschlag beim Dolmetschen könnte folgenschwer sein. Zumal die Stiftung mit dem amtierenden Hansestadt-Bürgermeister Olaf Scholz und dessen Vorgängern Ole von Beust und Klaus von Dohnanyi an der Spitze ein Renommee zu verlieren hat.

Auch als es um die Frage geht, was die internationale Staatengemeinschaft für die beiden gebeutelten Länder tun solle, weicht die Anspannung nicht. „Das Ausland sollte die korrupten Politiker im Kosovo nicht wie Helden behandeln“, sagt Visar Duriqi. Die EU müsse den Kosovaren „die Grenzen öffnen“, ihnen Zugang zu guter Bildung gewähren. Ansonsten nämlich landeten noch viel mehr Enttäuschte beim IS: „Im Land bleiben sie nicht.“

Und Salah Zater appelliert an die EU, „die richtigen Gruppen in Libyen zu unterstützen“. Selbst Länder wie Frankreich stünden auf der falschen Seite. Aber im Grunde müsse dann die Lösung von innen kommen: „Das Land muss seinen eigenen Weg finden.“

Anklage wegen Volksverhetzung

Pegida-Gründer Bachmann wegen Facebook-Hetze im Visier der Ermittler

Dresden (dpa) – Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat gegen Lutz Bachmann, den Gründer des fremden- und islamfeindlichen Pegida-Bündnisses, Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Grundlage sind die im Januar aufgetauchten Facebook-Posts aus dem Herbst 2014, in denen Bachmann Ausländer als „Viehzeug“, „Gelumpe“ und „Dreckspack“ bezeichnet.

Die Staatsanwaltschaft legt Bachmann zur Last, er habe die Menschenwürde der Flüchtlinge angegriffen, sie beschimpft und böswillig verächtlich gemacht und dadurch zum Hass gegen sie aufstachelte. Die Anklagebehörde hatte seit Januar ermittelt. Die Klage wurde beim Amtsgericht Dresden erhoben. Dort muss nun ein

Schöffengericht über die Zulassung und gegebenenfalls die Eröffnung eines Hauptverfahrens entscheiden. Erst dann wird vom Gericht ein Verhandlungstermin bestimmt.

Bachmann, der bereits wegen Drogen- und Eigentumsdelikten vorbestraft ist und mehrfach im Gefängnis gesessen hat, muss im Falle einer Verurteilung mit einer Geld- oder einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren rechnen. Gegen den 42-Jährigen liegen noch weitere Anzeigen wegen Volksverhetzung vor. Eine Privatperson hatte nach der jüngsten Pegida-Kundgebung Anzeige erstattet, weil Bachmann Asylbewerber pauschal als Verbrecher bezeichnet habe. Zudem gibt es eine Anzeige gegen Bachmann und unbe-



Lutz Bachmann. Foto: dpa

kannt. Auch dabei geht es um Facebook-Posts.

Die selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ demonstrieren seit fast einem Jahr in Dresden und haben zu ihren Hoch-Zeiten 25 000

Menschen auf die Straße gebracht. Nach einer Spaltung der Führungsspitze waren die Teilnehmerzahlen bei den wöchentlichen Kundgebungen stark zurückgegangen. Mit der Flüchtlingskrise erhält Pegida aber wieder deutlich Zulauf.

Am vergangenen Montag hatten an der Demonstration etwa 7500 Menschen teilgenommen. Am Rande kam es zu Angriffen auf Journalisten. Ein Reporter erhielt einen Faustschlag ins Gesicht, ein anderer wurde getreten. Die Täter tauchten im Jubel der Menge unter. Zuvor hatte Bachmann mit einer Rede die Stimmung angeheizt. Flüchtlinge würden „raubend, teilweise vergewaltigt, stehend und prügelnd“ die deutschen Städte „bereichern“, sagte er.

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 100033
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1-3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
www.badisches-tagblatt.de
info@badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0800 600 8500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteure
Albert Noll, Anja Groß

Ressorts
Nachrichten: Albert Noll;
Kultur: Christiane Lenhardt;
Sport: Frank Ketterer;
Journale und Sonderthemen:
Anja Groß

Leiter Lokalredaktionen
Patrick Fritsch (Baden-Baden);
Gerold Hammes (Bühl);
Thomas Senger (Murgtal);
Egbert Mauderer (Rastatt)

Anzeigenleiter
Stefan Hörig
Private Kleinanzeigen
Telefon 0800 600 8500 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOP Presse-Service GmbH, Baden-Baden
Druck
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 61 vom 1. Januar 2015.
Bezugspreise: Abonnement: 31,70 € / Postbezug: 35,20 €